

Ehrenamtsbörse soll bald saarlandweit starten

SAARBRÜCKEN | (kir) Die geplante landesweite Ehrenamtsbörse soll Anfang des nächsten Jahres an den Start gehen. Möglich macht dies ein Zuschuss der erst im Juni von der Bundesregierung gegründeten Bundesstiftung Engagement und Ehrenamt von 143 000 Euro an die Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt (LAG) und ihre Projektpartner. Das Geld kommt aus einem Fördertopf, mit dem das Ehrenamt in Corona-Zeiten gestärkt werden soll. Von 12 500 Anträgen kamen bisher 1950 zum Zuge. Bislang gibt es Ehrenamtsbörsen nur auf Landkreis-Ebene.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Nadine Schön, die Mitglied im Stiftungsrat ist, informierte über den Zuschuss. Insgesamt fließe „eine hohe sechsstellige Summe“ ins Saarland, so Schön. Weil die Nachfrage größer gewesen sei als der Fördertopf, hätten aber nicht alle Anträge bewilligt werden können. Großen Unterstützungsbedarf gebe es vor allem bei der Digitalisierung. Wenn die Ehrenamtsbörse online ist, soll sie allen Vereinen, Gruppen und (potenziellen) Ehrenamtlichen im Saarland offenstehen, wie Müller sagte. Die Plattform soll zudem Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen bieten. Der Präsident der LAG Pro Ehrenamt, Hans Joachim Müller, bezeichnete das Projekt als ambitioniert. Bis zum Jahresende müsse alles abgerechnet sein. „Eine stramme Vorgabe“, sagt Müller, aber letztlich gehe es um eine Summe im sechsstelligen Bereich. 65 000 Euro der Förderung flössen an 13 Organisationen, die sich ebenfalls in den Aufbau der Ehrenamtsbörse einbringen wollten. Diese könnten das Geld zum Beispiel für technische Ausstattung ausgeben. Weil vier der 17 als Projektpartner angefragten Organisationen doch nicht mitmachen, müssen 20 000 Euro wieder zurückgezahlt werden.

Unterdessen hat der Bundestag das Ehrenamt steuerlich gestärkt. Wie Schön und Christian Petry (SPD) mitteilten, steigt die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro pro Jahr, die Freigrenze für Vereine im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb von 35 000 Euro auf 45 000 Euro. Die Saar-FDP fordert darüber hinaus, jedes Gesetz auf seine Auswirkungen für das Ehrenamt zu überprüfen.